



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 23.05.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 11.04.2013, 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr, Bezirksrathaus Chorweiler, Großer Saal des Bürgerzentrums Chorweiler, Pariser Platz 1, 50765 Köln

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Michael Plückthun	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU
Frau Antje Fratini	(FDP) auf Vorschlag der Grünen
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region

Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.

Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Frau Dr. Christiane Köhler Seniorenvertretung der Stadt Köln

Herr Peter Krücker auf Vorschlag der CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Stella Shcherbatova Synagogengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner CDU

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel auf Vorschlag der SPD

Frau Jutta Eggeling auf Vorschlag der Grünen

Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Michaela Diers AIDS-Hilfe Köln e.V.

Herr Jochen Saurenbach Bartmänner Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Richard Klein auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Annelie Appelmann	doMS e.V.
Herr Carl-Wilhelm Rößler	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Frau Susanne Schönewolff	Diakonisches Werk
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Bärbel von der Linde	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung und Vorstellung des Bürgeramtes Chorweiler

- 1 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 3 Beantwortung von Anfragen**
 - 3.1 Sozialbestattungen
4130/2012
 - 3.2 Beispiele einer 100% -Sanktionierung im Jobcenter Köln
Hier: Ergänzende Anfrage von Frau Stahlhofen zu TOP 3.7 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 28.02.2013 (0425/2013)
0964/2013
 - 3.3 Sozialbestattungen
1273/2013
- 4 Mitteilungen**
 - 4.1 Die Kommunalen Eingliederungsleistungen Jahresbericht 2011
0607/2013

- 4.2 Preis Soziale Stadt 2012 für Modellprojekt "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln"
0647/2013
- 4.3 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu
0940/2013
- 4.4 Betrieb des Flüchtlingswohnheimes Xantener Str. 84, 50733 Köln
1073/2013
- 4.5 Anmietung des Gebäudes Siegburger Str. 122 u. 122a in 50679 Köln
1151/2013
- 4.6 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013

5 Wohnen

- 5.1 "Wohnungsbauförderung 2013"
0924/2013

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 Mülheim 2020, Vergabe Projekt "Büro Wirtschaft für Mülheim "
0546/2013
- 6.2 MÜLHEIM 2020 - Sachstandbericht
1014/2013

7 JobCenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln
0484/2013
- 7.2 Bericht des Jobcenters Köln
1074/2013
- 7.3 Anfragen

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 ÖPNV - Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile
hier: Sachstandsbericht aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
0616/2013

- 8.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 4/2013
1217/2013
- 9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 10.1.1 Sozialbestattungen
AN/0037/2013
 - 10.2 Aktuelle Anfragen
 - 10.2.1 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien
AN/0357/2013
 - 10.2.2 Hausbrand in Köln-Höhenberg
AN/0447/2013
- 11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 11.1 Durchführen eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen
1105/2013
- 12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 13 Ausschussempfehlungen an den Rat**
 - 13.1 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohnern für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
0919/2013
 - 13.2 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln
2957/2012
- 14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
 - 14.1 Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r und Organisationsmodell Diversity Management"
0975/2013

15 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Begrüßung und Vorstellung des Bürgeramtes Chorweiler

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Sozialbestattungen 4130/2012

Frau Hoyer dankt der Verwaltung für die vorliegende Beantwortung. Sie fragt, ob die Grundleistungen der Sozialbestattung, in den angefragten Städten unterschiedlich seien und wie sich der Haushaltsansatz je Bestattung zusammensetzen würde.

Herr Santelmann antwortet, dass es schwierig gewesen sei, überhaupt eine Antwort aus den angefragten Kommunen zu erhalten. Der Haushaltsansatz setzt sich aus der Pauschale für den Bestatter (1465,- Euro pauschal) und den Friedhofsgebühren zusammen.

Frau Hoyer ist mit der Beantwortung einverstanden.

Herr Helling erläutert, dass in der ortsansässigen Presse daraufhin gewiesen wurde, dass die Preise für die Sozialbestattungen weiter steigen würden. Er äußert sich positiv zum Städtevergleich, vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation. Er bittet die Verwaltung, dass die Sozialbestattungen auch weiterhin würdevoll durchgeführt werden sollen. Er kommentiert, dass der Ausschuss Soziales und Senioren die jetzige Pauschalregelung akzeptieren würde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass es dem gesamten Ausschuss ein wichtiges Anliegen sei, eine würdevolle Sozialbestattung zu gewährleisten.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

3.2 Beispiele einer 100% -Sanktionierung im Jobcenter Köln Hier: Ergänzende Anfrage von Frau Stahlhofen zu TOP 3.7 der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 28.02.2013 (0425/2013) 0964/2013

Frau Stahlhofen dankt für die Beantwortung. Sie fragt, zum Verfahren zur Sanktionierung der Kundengruppe bei über 25 jährigen, wie die Leistung „Kosten der Unterkunft“ sanktioniert würde.

Herr Koch fragt nach dem Unterschied bei den „Kosten der Unterkunft“ zwischen den unter 25 jährigen und den über 25 jährigen und ob diese unterschiedliche Behandlung mit dem Gleichheitsgesetz in Einklang zu bringen sei.

Herr Kulozik antwortet, dass im Gesetz unterschiedliche Sanktionsregelungen für die unter 25 jährigen und die über 25 jährigen im Gesetz aufgeführt seien. Dies habe der Gesetzgeber so entschieden. Daran müsse sich das Jobcenter auch halten. Bei einer 100% Sanktionierung bei der alle Arbeitslosengeld II Leistungen wegfallen, beziehe sich dies auch auf die Miete. Selbstverständlich werde jeder Einzelfall betrachtet. Durch Sanktionen sollen die Menschen aber nicht die Wohnung verlieren. Es sei nicht das Bestreben des Jobcenters, Menschen mit Mietschulden auf die Straße zu setzen.

Die Beantwortung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

3.3 Sozialbestattungen 1273/2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.1 behandelt.

4 Mitteilungen

4.1 Die Kommunalen Eingliederungsleistungen Jahresbericht 2011 0607/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt Frau Reker, ob die Bezirksregierung zu der Frage, ob es sich bei der psychosozialen Betreuung um eine gesetzliche Pflichtleistung handele, geantwortet habe.

Frau Reker antwortet, dass noch keine Antwort von der Bezirksregierung vorliegen würde.

Herr Dr. Schulz stellt fest, dass die psychosozialen Erkrankungen in der EU weiter steigende Fallzahlen aufweisen. Er hält die kommunalen Eingliederungsleistungen für unverzichtbar und spricht sich dafür aus, dass die Angebote zur psychosozialen Betreuung weiter bestehen bleiben sollen.

Herr Helling erläutert, dass das Jobcenter aufgefordert wurde, die Kölner Fraktionen über diese Problematik anzuschreiben. Er zitiert aus dem Schreiben des Jobcenters: "Dabei ist zunächst zu beachten; dass Leistungen nach § 16 des SGB II als Teil der Eingliederungsvereinbarung gesetzlich bestimmt sind und Leistungsbezieher haben ein individuell einklagbaren Rechtsanspruch auf die Leistung und können bei Bedarf nicht auf das folgende Jahr verwiesen werden, wenn der Haushaltsansatz ausgeschöpft ist." Damit sei für ihn klar, dass es für den Leistungsbezieher einklagbare Ansprüche gebe. 8569 Menschen seien momentan in diesem Angebot der psychosozialen Betreuung erfasst. Bei Wegfall der psychosozialen Betreuung sei zu befürchten, dass diese Menschen dauerhaft auf Transferleistungen angewiesen seien.

Frau Stahlhofen schließt sich der Argumentation von Herrn Helling an.

Herr Kersjes dankt dem Jobcenter für die Qualität des vorliegenden Berichtes. Für ihn sei das Problem, dass es keine Angebote mehr gebe, den Rechtsanspruch umzusetzen. Damit würde die ganze Betreuungsstruktur wegfallen. Diese wäre für die betroffenen Menschen eine dramatische Situation.

Frau Hoyer schließt sich dem Dank an das Jobcenter an. Sie weist darauf hin, dass der Haushalt von der Politik gemacht werde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.2 Preis Soziale Stadt 2012 für Modellprojekt "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" 0647/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert, dass die Stadt Köln für ein Modellprojekt einen Preis gewonnen habe, aber gleichzeitig im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in diesem Projekt deutliche Einsparungen vorgenommen werden. Dies sei für den Vorsitzenden Herrn Paetzold nicht das richtige Signal. Deshalb stellt er fest, dass die Kürzungen für das Modellprojekt sowohl von der SPD Fraktion als auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht mitgetragen werden.

Frau Stahlhofen dankt dem Vorsitzenden Herrn Paetzold für die weitere Zustimmung für das Modellprojekt.

Frau Dierksmeier und Herr Kossiski schließen sich den Vorrednern an.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.3 Abschließende Fortführung einer Untersuchung zur Verbreitung von Rechtsradikalismus im türkischen Milieu 0940/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt fest, dass die Verwaltung keine finanziellen Mittel aufbringen könne, um die Untersuchung fortzuführen. Er hoffe, dass die Verwaltung noch finanzielle Mittel finde, um die Untersuchung zum Abschluss zu bringen.

Frau Wilden empfindet den Umgang mit dieser Angelegenheit als sehr lässig.

Der Vorsitzende Herr Paetzold verwehrt sich dagegen, dass die Verwaltung mit dieser Angelegenheit lässig umgegangen sei.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.4 Betrieb des Flüchtlingswohnheimes Xantener Str. 84, 50733 Köln 1073/2013

Herr Helling fragt, ob der anvisierte Neubau der Liegenschaft parallel mit dem städtischen Nachbarschaftsgrundstück geplant sei.

Herr Cube erläutert, dass die Grundüberlegungen in der Vergangenheit waren beide Objekte gemeinsam zusammenzuführen und dann eine gemeinsame Bebauung anzustreben. Es sei aber leider nicht wahrscheinlich, dass das Mittelstück erworben werden könne. Somit sei eine komplette Bebauung nicht zu realisieren.

Herr Krücker begrüßt, dass die prekäre Einrichtung in der Xantener Str. aufgegeben werde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.5 Anmietung des Gebäudes Siegburger Str. 122 u. 122a in 50679 Köln 1151/2013

Die Mitteilung wird in dem nicht Öffentlichen Teil unter TOP 18.1 behandelt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt erfreut fest, dass die schwierige Lage durch die Anmietung des Gebäudes verbessert würde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

4.6 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

Der Ausschuss Soziales und Senioren bittet darum, dass die Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und Lesben, Schwule und Transgender mit in die Beratungsfolge aufgenommen werden.

Die Mitteilung wird in die nächste Sitzung geschoben.

5 Wohnen

5.1 "Wohnungsbauförderung 2013" 0924/2013

Frau Schmerbach äußert sich positiv, dass die Landesregierung die Konditionen der Wohnungsbauförderung deutlich verbessert habe. Sie fragt, welche Auswirkungen sich für die Barrierefreiheit ergeben würden.

Herr Helling bewertet die Wohnungsbauförderung der Landesregierung ebenfalls positiv. Er begrüßt vor allem, dass attraktivere Bedingungen für Investoren geschaffen werden und appelliert an die Investoren die besseren Chancen auch zu nutzen. Er fragt, ob die Steigerung des Mietniveaus auf die Unterkunftskosten im Rahmen des SGB II mittelfristig, zu einer finanziellen Auswirkung auf die Kommunen kommen könnte. Dann müssten die finanziellen Mittel des Bundes an den Unterbringungskosten in Frage gestellt werden.

Herr Kienitz fragt, ob es bereits Gespräche mit Investoren für studentischen Wohnungsbau gebe. Er bittet die Verwaltung um eine Aussage zu den Rahmenbedingungen der NRW-Bank und, ob die Eigenkapitalquote von jedem Investor zur Verfügung gestellt werden müsse, um von der NRW Bank die notwendigen Kredite zu erhalten.

Herr Ferber antwortet, dass die NRW-Bank sich nicht in der Lage sehe, auf eine Bonitäts- und Eigenkapitalprüfung zu verzichten. Mit der NRW-Bank sei ein enger Austausch vereinbart worden, falls es aufgrund der Vorgaben bei der Bewilligung zu Problemen komme. Die Vorgaben der NRW-Bank sollen möglichst einfach gehandhabt und umgesetzt werden.

Alle Probleme bei der Versorgung mit studentischem Wohnraum könnten leider nicht zeitnah beseitigt werden. Es gebe aber positive Ansätze und auch konkrete Projekte und Bauvorhaben, um die Situation in Köln zu verbessern.

In einer der nächsten Sitzungen werde die Verwaltung über die Entwicklung im Bereich der KdU informieren. Der geförderte Wohnungsbau für 6,25 Euro je qm werde mittelfristig Auswirkungen für die Unterbringungskosten haben.

Nach Auskunft von Herrn Ferber gelten die Anforderungen der Wohnungsbauförderungen in Bezug auf das barrierefreie Bauen nach den neuen Förderbestimmungen unverändert fort. Nach wie vor gelten hier höhere Qualitätsstandards und Mindestanforderungen als im frei finanzierten Bereich.

Herr Corneth sieht das Hauptproblem bei der NRW-Bank. Es solle Einfluss von der Landesregierung auf die NRW-Bank ausgeübt werden, damit möglichst viele Mittel für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau genutzt werden. Die Verbesserung der Förderkonditionen sei gut, jedoch nur ein erster Baustein. Weitere Kriterien müssten angegangen und umgesetzt werden, um den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu optimieren.

Herr Ladenberger stellt fest, dass bezahlbarer barrierefreier Wohnraum in Köln immer wichtiger werde.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

6.1 Mülheim 2020, Vergabe Projekt "Büro Wirtschaft für Mülheim " 0546/2013

Herr Helling fragt, ob das „Büro Wirtschaft für Mülheim“ auch ohne städtische Zuschüsse 2015 weiter arbeiten könne.

Frau Schlich antwortet, dass das Angebot des Projektträgers keine Vorschläge dahingehend beinhalte, wie eine Fortführung des Projektes auch nach der Finanzierung gewährleistet werden könne. Dies sei in der Ausschreibung auch nicht gefordert worden. Es werde aber geprüft, und wie ob bei funktionierenden Projekten eine Nachhaltigkeit gewährleistet werden könne.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

6.2 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht 1014/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold dankt für den übersichtlichen Sachstandsbericht.

Herr Helling fragt, ob bei dem Projekt „Neue Arbeit für Mülheim“ ein neuerer Sachstand bestehe.

Frau Schlich antwortet, dass es einen aktuellen Sachstand gebe. Die Bezirksregierung habe Ende 03.2013 geantwortet. Die Antwort der Bezirksregierung habe fast fünf Monate auf sich warten lassen. Die Bezirksregierung wurde gefragt, ob eine Durchführung des Projektes „Neue Arbeit für Mülheim“ auch mit weniger Teilnehmern förderrechtlich unproblematisch sei. Die Antwort der Bezirksregierung sei nur teilweise be-

friedigend. Die Antwort der Bezirksregierung lautet: "Angesichts der geringen Teilnehmerzahl und der damit verbundenen geringen Wirkung werde beabsichtigt, der vorgetragenen Änderung nicht zuzustimmen." Diese Antwort sei aber noch nicht mit einer endgültigen Ablehnung verbunden. Der Prozess, wie mit der Antwort der Bezirksregierung umgegangen werde, sei noch in vollem Gange, aber sehr unerfreulich. Es werde weiterhin geprüft, welche Möglichkeiten bestehen, das Projekt noch umzusetzen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht dem Projekt weiterhin viel Erfolg.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7 JobCenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters Köln 0484/2013

Der Bericht wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7.2 Bericht des Jobcenters Köln 1074/2013

Der Bericht wird ohne weitere Aussprache vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

7.3 Anfragen

Es gibt keine Anfragen zum Jobcenter.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 ÖPNV - Beförderung von Fahrzeugen mit Nummernschild, insbesondere Elektromobile hier: Sachstandsbericht aus der Stadtarbeitsgemeinschaft Behinderten- politik 0616/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, wie Menschen mit Elektromobilen in eine Straßenbahn und in einen Bus hinein kommen würden.

Herr Ladenberger antwortet, dass es bei den Niederflur-Straßenbahnen kein Problem sei und die Busse könnten eine Rampe ausfahren, so dass die Elektromobile auch ohne Probleme in die Busse könnten.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

8.2 Bericht der Behindertenbeauftragten 4/2013 1217/2013

Frau Reinecke berichtet über den Plakatwettbewerb. Mit den Ergebnissen des Plakatwettbewerbs gehe man jetzt in die Öffentlichkeit. Einerseits werden die Ergebnisse in einer Ausstellung präsentiert und zusätzlich werden die prämierten Plakate auf Werbeanlagen veröffentlicht. Auch in den Stadtbahnen werde in Din A4 Größe auf die Vielfalt der Inklusion hingewiesen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist daraufhin, dass die Gewinner am 06.Mai 2013 im historischen Rathaus geehrt werden.

Frau Reinecke teilt mit, dass der Behindertenbeauftragte des Bundes am 12.04.2013 in Köln sei.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

Frau Lerchner bittet darum, dass ihre Frage aus der Sitzung am 17.01.2013, zum Erfahrungsbericht zur Integrationsvereinbarung 2011 (was mit den 10 schwerbehinderten Auszubildenden passiert sei, die in dem Ausbildungsjahr 2011-2012 eingestellt worden seien) schriftlich beantwortet werde.

Frau Schmerbach fragt nach der Inklusionsvereinbarung zwischen Oberbürgermeister und Personalrat und bittet darum, dass diese Vereinbarung dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werde.

10.1.1 Sozialbestattungen AN/0037/2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit TOP 3.1 behandelt.

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Zuzug aus Bulgarien und Rumänien AN/0357/2013

Frau Reker erläutert, dass die Verwaltung bereits vor zwei Jahren einen internen Arbeitskreis zu dem Thema EU Osterweiterung eingerichtet habe. An diesem AK seien viele Ämter beteiligt, die alle Daten sammeln und auswerten, um einen Gesamtüberblick zu erhalten. Es werde geprüft, inwieweit der Statusbericht aus Berlin Neukölln Geltung für Köln habe. Auch sei eine Informationsveranstaltung zu diesem Thema für die Politik geplant. Köln sei mit den genannten Städten (Duisburg, Dortmund) im Ge-

sprach, wie dort mit der Situation umgegangen werde. Köln sei momentan jedoch nicht in dem Maße von Zuwanderung aus den EU Ostgebieten betroffen, wie es die Ruhrgebietsstädte seien.

Herr Helling fragt, ob die angesprochene Informationsveranstaltung für die Fachpolitik, freien Träger und Fachverwaltung vor der Sommerpause durchgeführt werde.

Frau Reker nimmt den Vorschlag von Herrn Helling gerne auf.

Herr Corneth fragt, ob die Aussage, dass mehr Menschen aus den EU Ostgebieten ins Ruhrgebiet statt nach Köln gehen, eine Vermutung sei.

Frau Reker antwortet, dass für diese Aussage eindeutige Daten vorlägen.

10.2.2 Hausbrand in Köln-Höhenberg AN/0447/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf die heutige Pressenachricht hin, welche die Anfrage der CDU weitgehend beantwortete.

Herr Ferber erläutert, dass die vom Hausbrand betroffenen Familien zuerst im Krankenhaus versorgt wurden. Die Verwaltung habe sofort und gut gehandelt. Die Wohnungen in dem Haus in Köln-Höhenberg seien derzeit nicht bewohnbar. Alle Bewohner dieses Hauses haben ein anderes Wohnungsangebot erhalten um unterzukommen. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Bewohnern und allen anderen Beteiligten Personen sei als gut zu bezeichnen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold nimmt positiv zur Kenntnis, dass Menschen in Köln in einer extremen Notlage Geborgenheit und Schutz recht unkompliziert erhalten.

Herr Koch bittet um eine schriftliche Mitteilung.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Durchführen eines Vergabeverfahrens zum Abschluss eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen 1105/2013

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zum Zwecke des Abschlusses eines Rahmenvertrages über Umzüge und Transporte für Einrichtungen zur Unterbringung von obdachlosen Personen, Aussiedlern und Flüchtlingen sowie Containerbeladungen und Entrümpelungen das Vergabeverfahren durchzuführen. Ab 01.07.2013 soll folgender Rahmenvertrag neu abgeschlossen werden:

Laufzeit: 3 Jahre

Abschluss erfolgt überwiegend für: Amt für Wohnungswesen

Geschätzter Umsatz per anno: 80.000 €

Geschätzter Umsatz für die gesamte Vertragslaufzeit: 240.000 €

Der Sozialausschuss verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

**13.1 Änderung der Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner für diverse Ausschüsse auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
0919/2013**

Herr Helling fragt, ob Mitglieder von einzelnen Organisationen in die Ausschüsse entsendet werden können, die nicht Mitglied der Stadt AG seien. Um den Informationsaustausch zwischen Ausschüssen und Stadt AG zu gewährleisten, sei es doch sinnvoll, wenn die entsendeten Personen Mitglieder der Stadt AG seien.

Frau Reker antwortet, dass es möglich sei Personen zu benennen, welche nicht Mitglied der Stadt AG seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt, dass es gemäß der Geschäftsordnung der Stadt AG möglich sei, Personen aus den Organisationen zu benennen, die nicht Mitglied der Stadt AG seien.

Herr Helling bittet darum, dass die Verwaltung die Geschäftsordnung der Stadt AG überprüfen möge. Nach seiner Auffassung sollten die Personen, die in die Ausschüsse entsendet werden Mitglied der Stadt AG sein.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Aufgrund des Beschlusses der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender (StadtAG LST) wählt der Rat auf Empfehlung der StadtAG LST folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter in die benannten Ausschüsse:

Ausschuss	Sachkundige/r Einwohner/in	Vertreter/in
AVR	<i>Jörg Kalitowitsch KLuST e.V.</i>	<i>Johannes Köhn KLuST e.V.</i>
Wirtschaftsausschuss	<i>Claudia Mewaldt KLuST e.V.</i>	

Umweltausschuss	<i>Daniela Voigt</i> <i>KLuST e.V.</i>	
------------------------	---	--

Gleichzeitig hebt der Rat die Entsendung des auf Empfehlung der StadtAG LST mit Ratsbeschluss vom 20.09.2012 (Vorlage 2406/2012) gewählten sachkundigen Einwohner Markus Danuser (KLuST e.V.) im Wirtschaftsausschuss und im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Internationales / Vergabe auf.

Die Mitgliedschaft der neu gewählten sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner im jeweiligen Fachausschuss endet mit der Wahl eines neuen Ausschussmitglieds auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **zugestimmt.**

13.2 Neufassung des Vertrages über die Finanzierung der Verbraucherberatungsstelle Köln 2957/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt, warum bei der Personalauswahl besonderer Wert auf Diplom-Ökotrophologen gelegt werde.

Herr Santelmann weist auf das umfassende Ausbildungsprofil von Diplom-Ökotrophologen hin.

Frau Gordon unterstützt die Aussage von Herrn Santelmann. Zusätzlich erläutert sie, dass ständige Schulungen die Kompetenz der Diplom-Ökotrophologen den vielfältigen Anliegen gerecht werden würden. Menschen mit anderen geeigneten Studiengängen könnten sich natürlich ebenfalls bei der Verbraucherzentrale bewerben.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt der als Anlage beigefügten Neufassung des Vertrages zwischen der Stadt Köln und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen e.V. über die Förderung des Arbeitsfelds allgemeine Verbraucherberatung der Verbraucherberatungsstelle in Köln zu und beauftragt die Verwaltung den Vertrag entsprechend abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14.1 Antrag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu "Nachbesetzung der Stelle Behindertenbeauftragte/r und Organisationsmodell Diversity Management" 0975/2013

Herr Ladenberger bedauert, dass zum jetzigen Zeitpunkt ungeklärt sei, wie die Interessensvertretung behinderter Menschen bei der Stadt Köln fortgeführt werden solle. Das Nachbesetzungsverfahren für die Stelle der Behindertenbeauftragte/n hätte bereits eingeleitet werden müssen. Es dürfte keine zeitliche Lücke durch die Neubesetzung entstehen.

Frau Reker antwortet, dass den Teams „Behindertenpolitik“ - und „Lesben, Schwule und Transgender“ insgesamt 4,5 Stellen aus den bisherigen Stabsstellen zugeordnet werden. Die Aufgaben werden im Diversity Management genauso gut ausgeführt wie vorher in den einzelnen Teams.

Herr Dr. Schulz stellt fest, dass es auch weiterhin eine/n Behindertenbeauftragte/n mit einem entsprechenden Team geben wird.

Herr Helling bedauert, dass die Vorlage eine Mitteilung und kein Beschlussvorschlag sei. Er bestärkt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Forderung, dass die Position der Behindertenbeauftragten ohne zeitliche Verzögerung nach zu besetzen sei. Er bittet darum, diese Aussage dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen mitzuteilen. Zusätzlich schlägt er vor die Stadt AG Behindertenpolitik in die Diskussion mit einzubinden. Er bittet darum, dass in der Vorlage „Personelle Ressourcen stärken – Diversity-Management für die Stadt Köln“ die Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik und LST mit in die Beratungsfolge aufgenommen werden sollen (TOP 4.6).

Frau Hoyer spricht sich ebenfalls für eine Neubesetzung eine/s Behindertenbeauftragte/n aus.

Frau Stahlhofen schließt sich den Vorrednern an.

Frau Wilden merkt an, dass Behindertenpolitik unterstützt werden müsse. Unterstützung für Schwulenpolitik hält sie jedoch nicht für notwendig.

Herr Kienitz betont, dass es bei dem Diversity-Management darum gehe, die Vielfalt in der Stadt Köln und in der Verwaltung zu fördern. Natürlich ging es in dem eingebrachten CDU Antrag auch darum vorhandene Ressourcen zu optimieren. Auch er spricht sich für eine Neubesetzung eine/s Behindertenbeauftragte/n aus.

Frau Reker weist darauf hin, dass es sich bei der der Vorlage „Personelle Ressourcen stärken – Diversity-Management für die Stadt Köln“ (TOP 4.6) um die zukünftige organisatorische Regelung der Verwaltung handele. Die speziellen Aufgaben und Inhalte des Diversity-Managements müssten mit allen Beteiligten erst noch erarbeitet werden.

Frau Brauckmann stellt fest, dass es zu den Inhalten des Diversity-Managements noch enormen Gesprächsbedarf gebe.

Die Mitteilung wird vom Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis genommen.

15 Anfragen

Frau Hoyer fragt, um welche Gebühren und Nutzungsentgelte, in Höhe von 800.000,- Euro, es sich bei der Produktgruppe „Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum“ handeln würde.

Herr Ferber antwortet, dass es sich um die Gebühren und Nutzungsentgelte handele, welche die Stadt Köln (Wohnraumversorgung) für die Einrichtungen von den Nutzern

(z.B. Obdachloseneinrichtungen, Flüchtlingseinrichtungen) erheben müsse. Es gebe Gebührennutzungsordnungen, welche in der finanziellen Höhe regelmäßig angepasst werden müssen. Dies habe auch haushaltsplanmäßige Auswirkungen. Benutzer der Einrichtungen müssten ein gewisses Entgelt entrichten.

Frau Hoyer fragt nach, wieso das Geld nicht realisiert werden konnte.

Herr Ferber antwortet, dass dies dem Umstand der geringen Personalstärke geschuldet sei. Man bemühe sich diese Problematik zu beheben.

Herr Kossisk fragt nach dem Sachstand zu den Telefonkarten des Jobcenters.

Herr Kulozik antwortet, dass die allgemeine Behördennummer auch für das Jobcenter nutzbar wäre. Die allgemeine Behördennummer sei nicht kostenfrei. In der nächsten Beiratssitzung werde ausführlich darüber berichtet.

Frau Schultes stellt fest, dass unter der angegebenen Telefonnummer des Jobcenters, die von 8:00-18:00 Uhr besetzt sein sollte, bei 491 Versuchen, nicht einmal sofort ein Ansprechpartner erreichbar war.

Herr Kulozik antwortet, dass dies die Telefonnummer des Servicecenters sei. Nach den geprüften Kennzahlen läge die Erreichbarkeit für einen Erstanruf zwischen 60% und 70%. Er bedauere den schlechten Eindruck, der hier gewonnen werde aber dies sei nicht der Regelfall.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stellt die Nichtöffentlichkeit her.